

Betriebliche Aktionen und dann? Wie weiter nach dem 21.10.06

Wie es weitergehen soll scheint innerhalb der Gewerkschaften klar zu sein. Am 14.12.06 soll es einen flächen deckenden betrieblichen Informationstag zu den Themen Rente mit 67 und Gesundheitsreform geben (IGM-in erster Linie Rente mit 67). Ende Januar oder Anfang Februar sollen betriebliche Kundgebungen möglichst während der Arbeitszeit oder in die Arbeitszeit hinein organisiert werden. Wichtig ist, dass sich die Gewerkschaften auf einen Tag einigen, an dem sichtbar die betrieblichen Protestkundgebungen stattfinden. Offensichtlich gibt es bundesweite Bestrebungen, dies zu tun. Teilweise organisieren Gewerkschafter auch schon im Dezember Kundgebungen oder gar Arbeitsniederlegungen (Bad Cannstatt, Krankenhäuser im Saarland). Sie können ein wichtiges Signal für die Aktionen Anfang nächsten Jahres sein.

Die Fortsetzung der Proteste in den Betrieben ist der richtige Weg, den die Gewerkschaftslinker unterstützen wird. Positiv ist die Zuspitzung auf die Themen Rente mit 67 und Gesundheitsreform. Entscheidend wird sein, dass die Kollegen/innen das Gefühl bekommen, dass es die Gewerkschaften ernst meinen und ein zentrales Regierungsvorhaben zu Fall bringen wollen. Dazu wird auch ein betrieblicher Aktionstag nicht ausreichen. Deshalb ist es wichtig, jetzt schon die Diskussion darüber zu führen, welcher Schritt danach gegangen wird.

Durchaus kontrovers wird diskutiert, ob wir weitere Aktionstage folgen lassen sollen, verbunden mit öffentlichen Kundgebungen in allen Städten oder ob es richtig ist, danach wieder zu Demonstrationen aufzurufen. Eine zentrale Demonstration ist wegen des engen Zeitplans kaum realistisch. Deshalb müssten es dezentrale Demonstrationen in allen Städten sein. Bei betrieblichen Aktionen ohne Demonstrationen bzw. öffentliche Kundgebungen bleiben die Gewerkschaften unter sich. Wichtig ist aber, dass wir gemeinsame Protestformen mit unseren Bündnispartnern finden und auch Teile der Bevölkerung, wie RentnerInnen, Schüler/StudentInnen, Erwerbslose, bei den Protesten beteiligt werden.

Was besser ist, müsste jetzt schnell diskutiert und zwischen den Gewerkschaften abgeklärt werden. Grundsatz ist, dass öffentliche und betriebliche Protestformen sich ergänzen.

Bei ver.di Stuttgart wurde auch diskutiert, dass die Aktionen durch permanente Aufklärung über die Mythen und Dichtungen der neoliberalen Politik begleitet werden müssen. Zwar haben die einzelnen

Maßnahmen der Regierung keine Mehrheit mehr, aber das permanente neoliberale Begleitrauschen hindert viele am entschiedenen Protest. Die Risse in der neoliberalen Ideologie müssen sichtbar vergrößert werden. Ein zentraler Punkt ist dabei die Verteilungsfrage, die wie ein roter Faden unsere Informations- und Aufklärungsarbeit durchziehen müsste.

Stuttgart, den 4.12.06

Bernd Riexinger,

Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften



Rund 220000 Menschen haben am 21. Oktober in Berlin, Stuttgart, Dortmund, München, Frankfurt/Main gegen Sozialabbau protestiert. In Berlin versammelten sich 80.000 Menschen vor dem Brandenburger Tor. In Stuttgart waren es 45.000, in Frankfurt 20.000, in Dortmund 40.000 und in München 35.000. Der DGB hatte sich das Motto "Das geht besser! Aber nicht von allein!" ausgesucht, Gewerkschaftslinker, soziale Initiativen und Bündnisse setzten ein "Das geht nur ganz anders" dagegen. Die Gewerkschaftslinker trat mit ihren Transparenten für „10 Euro Mindestlohn“ ein.

Der politische Streik ist unverzichtbar

Seit dem Streik 1952 gilt der politische Streik als unerlaubte Einflussnahme auf die Organe der parlamentarischen Demokratie. Doch das Streikrecht hat in den Verfassungstexten nicht die Einschränkungen, die später das Arbeitsgericht vorgenommen hat. Vom Arbeitsgericht wurde das Streikrecht auf tarifvertragsfähige Ziele, die sich an den Adressaten Arbeitgeber richten, eingeschränkt. Die Verfassungsgarantie des Streikrechts gilt unbegrenzt, losgelöst vom Streikgegenstand und vom Streikziel. Diese nationale Begründung kann durch Richterrecht nicht aufgehoben werden. Alles, was den politischen Streik einschränkt oder für illegal erklärt, ist das Produkt von Gerichtsentscheidungen.

Der erste politische Streik nach Entstehen der Bundesrepublik fand im Frühjahr 1952 gegen den Regierungsentwurf zum neuen Betriebsverfassungsgesetz statt. Die bedeutsamste Protestaktion dazu war der Streik im Zeitungswesen im Mai 1952. Nach dieser politischen Auseinandersetzung wurde jeder Arbeitskampf von einer antigewerkschaftlichen Kampagne von Politik, Wirtschaft und Massenmedien begleitet. Permanent wird eine Einschränkung des Streikrechts gefordert. Zu einer scharfen politischen und juristischen Auseinandersetzung kommt es über die Frage, ob die Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Ziele einen politischen Streik führen dürfen. Am Ende dieser Kampagne wird das Streikrecht durch das Bundesarbeitsgericht (BAG) eingeschränkt. Es stellt am 28. Januar 1954 fest, dass Streiks nur dann zulässig sind, wenn ihnen Forderungen zugrunde liegen, zu deren Erfüllung die gegnerische Tarifvertragspartei in der Lage sein müsse. Dieses Urteil bedeutet die Rückkehr zur Rechtsprechung aus der Weimarer Republik. Das BAG legalisiert Aussperrungen mit der eindeutigen Absicht, die Kampfkraft der Gewerkschaften zugunsten des Kapitals zu schwächen. Wenig später werden die Streikmöglichkeiten der Gewerkschaften weiter eingeschränkt. Im November 1958 wird in einem Urteil des BAG festgelegt, dass ein Arbeitskampf unzulässig ist, wenn nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Im Dezember 1963 werden in einem weiteren BAG-Urteil Streiks für unzulässig erklärt, die politische Ziele verfolgen oder die nicht von gewerkschaftlicher Seite geführt werden („wilde Streiks“).

Wir haben in der BRD das reaktionärste Streikrecht und reaktionärste Praxis von der ganzen EU. In allen anderen Ländern ist der politische Streik erlaubt.

Jenseits der nationalen Rechtsprechung gibt es eine Europäische Sozialcharta (Artikel 6, 4. Absatz) und die Internationale Arbeitsorganisation ILO, deren Übereinkommen kraft Völker-

recht in der Bundesrepublik zu beachten sind. Beide sehen ein Streikrecht ohne die bundesdeutschen Einschränkungen vor. Schon wiederholt hat darum der Sachverständigenausschuss der ILO die deutsche Rechtspraxis gerügt.

Immer wieder haben in der BRD politische Streiks stattgefunden, so 1996 für den Erhalt der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, 2003 der Streik in Schweinfurt gegen die Agenda 2010 und jetzt ganz aktuell am 6. Dezember 2006 in Salzgitter gegen die geplante Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. 4000 KollegInnen von VW, Bosch, Alstom, MAN und Salzgitter AG beteiligten sich an der einstündigen Kundgebung während der Arbeitszeit.

Christa Hourani, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften



21. Oktober 2006: Demonstration in Frankfurt gegen Sozialabbau

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt

Tel: 06182/782306

HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 12. Dezember 2006

www.labournet.de

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah,
gesellschaftskritisch

Skandalöser Streikabbruch bei BSH in Berlin

Nach 26 Tagen wurde der Streik beim Bosch-Siemens-Hausgerätewerk gegen die Betriebschließung von der IG Metall-Führung abgebrochen. Die KollegInnen hatten einen **Marsch der Solidarität** organisiert der sie über Zwischenstationen bei anderen Betrieben am 19.10. zu einer Kundgebung vor der Konzernzentrale in München hätte führen sollen. Durch den Marsch politisierten sie die Auseinandersetzung und knüpften direkte Verbindungen zu anderen Belegschaften, wo sie eine große Resonanz erfuhren.

Durch die BenQ-Pleite unter Druck geraten, wollte die Konzernspitze die geplante Kundgebung verhindern. Also wurde kurzerhand zwischen IG Metall-Zentrale und Geschäftsleitung ein Kompromiss ausgehandelt und die Kundgebung abgesagt – in dem Moment, in dem der Streik eine größere Wirkung entwickelte.

Das Ergebnis sieht zwar die Fortführung der Produktion bis 2010 vor und bedeutete erstmalig die Rücknahme eines Schließungsbeschlusses. Gleichzeitig wurde dies aber mit 216 betriebsbedingten Kündigungen, Lohneinbußen von 20 Prozent und einer mittelmäßigen Abfindungsregelung teuer erkauft. Und skandalöserweise verpflichtete sich die IGM dazu, keine Proteste außerhalb von Berlin durchzuführen.

In einer Rebellion gegen die Führung der IG Metall wurde das Ergebnis von der Mehrheit der KollegInnen in der Streikversammlung zurückgewiesen. Die Urabstimmung ergab 67 Prozent der abgegebenen Stimmen für Weiterführung des Streiks, was nach IGM-Satzung aber nicht ausreicht. Die Streikversammlung votierte trotzdem einstimmig für eine Fortsetzung des Streiks. Doch die IGM ignorierte den Willen der Streikenden und hielt am Streik-Abbruch fest.

Die BSH-KollegInnen sind weiter gegangen als andere. Doch trotzdem waren sie nicht auf den Ausverkauf durch die IGM-Führung vorbereitet. Sie hatten keine Strukturen gebildet, die den Streik vollständig unter die Kontrolle der Streikenden gebracht hätte.

Was bleibt, ist trotzdem ein Erfolg. Denn die BSH-Bosse konnten sich mit ihrem Schließungsplan nicht durchsetzen und der Kampf selber hat neue Maßstäbe gesetzt. Der Streik kann auch ein Ausgangspunkt für die bessere Vernetzung kritischer MetallerInnen im Kampf für eine kämpferische und demokratische Gewerkschaft sein.

Sascha Stanicic, Berlin

Aktionen der Allianz-Beschäftigten zeigen Wirkung

Seit 14 Monaten protestieren die Allianz-Beschäftigten gegen Standortschließungen und den Abbau von über 5.000 Stellen bei der Allianz Versicherung. Mit Unterschriftensammlungen, Warnstreiks, mehrtägigen Streiks, ganztägigen Betriebsversammlungen, öffentlichkeitswirksamen Aktionen sowie gemeinsamen Protesten mit den Beschäftigten der Siemens-Mobilfunksparte BenQ zwangen sie jetzt den Allianz-Vorstand von seinen bisherigen Planungen abzuweichen. Dies ist das erste Mal, das Beschäftigte einer Versicherungsgesellschaft einen so hartnäckigen und lang andauernden Kampf führen. Die Beteiligung der Beschäftigten an den Protesten war sehr hoch, obwohl der gewerkschaftliche Organisationsgrad sehr niedrig ist.

Die Allianz hat in den Verhandlungen mit den Betriebsräten Zugeständnisse gemacht. Damit ist der Konzern von seinem Ursprungskonzept abgewichen. Die Zusagen der Allianz beinhalten einen Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen bis mindestens Ende 2009 sowie die Rücknahme der geplanten Schließung des Kölner Standortes mit derzeit etwa 1.300 Beschäftigten. Der Standort Dortmund mit rund 300 Beschäftigten soll danach bis zum Jahr 2012 bestehen bleiben. An beiden Standorten werden etwa ein Drittel der derzeitigen Arbeitsplätze erhalten bleiben. Auch die Teilschließung des Standortes Frankfurt wurde zurückgenommen.

Nicht erreicht wurde der Abschluss eines Konzerntarifvertrages. Die Geschäftsleitung bleibt bei ihren Abbauzahlen, was die Belegschaften besonders erbost. Auch die Übernahme der Auszubildenden konnte nicht durchgesetzt werden, ebenso die Verschiebung von Arbeit in andere Standorte. Ob zu diesem Zeitpunkt eine Einigung erzielt werden hätte müssen oder es nicht besser gewesen wäre, weiter zu machen, bleibt die große Frage. Zumindest aus Sicht des Stuttgarter Standortes hätte der Kampf weitergeführt werden können. Jubel über den Kompromiss gab es bei der Belegschaft nicht. Deshalb muss u.E. die Forderung nach einem Konzerntarifvertrag aufrecht erhalten werden. Die Mobilisierung muss im nächsten Jahr weitergehen. Es darf nicht akzeptiert werden, dass ein Konzern, der 9,5 Mrd. Gewinn am Jahresende ausweisen wird, Arbeitsplätze vernichtet.

Ohne die vielen Aktionen und Streiks der Beschäftigten wäre das Aufbrechen der Blockadehaltung der Arbeitgeber nicht erfolgt. Insbesondere die zweitägigen Streiks Anfang November hatten den entsprechenden Druck erzeugt, dass der Allianzvorstand bereit war, echte Kündigungsschutzsagen abzugeben. Die Verhandlungen werden weiter fortgeführt.

Aus für's Ladenschlussgesetz - Bundesländer als neoliberale Vorhut

Mit den Regelungen der so genannten Föderalismusreform wurde die Gesetzgebung zum Ladenschluss auf die Bundesländer übertragen. Damit war eine neue Stufe zur weiteren Deregulierung im Einzelhandel eröffnet. Insbesondere die großen Handelskonzerne wie Metro, Karstadt, Rewe, Lidl und C&A drängten darauf, alle Begrenzungen zu beseitigen.

Mit dem Herannahen des Weihnachtsgeschäftes bemühte sich eine ganze Anzahl von Landesregierungen, den Wünschen der Handelskonzerne nachzukommen. Als erstes sei hier Nordrhein-Westfalen (NRW) und Berlin genannt. In NRW sind die Zentralen von mehreren dieser marktbeherrschenden Konzerne.

Aber bei aller Mühe, die sich die Landesregierung von NRW gab, als erstes Land ein Gesetz abzuschließen, der neu gewählte Berliner Senat ging noch ein wenig weiter und war noch schneller. Er überbot NRW bei der Genehmigung von Sonntagsöffnungen um Längen: statt der 4 Sonntage die in NRW vorgesehen sind, gab der Berliner Senat 10 Sonntage frei, darunter alle Adventssonntage in diesem Jahr. Dem Berliner Senat gelang es auch 1/2 Woche früher das Gesetz in Kraft treten zu lassen:

Die Gewerkschaft der Handelsbeschäftigten, ver.di, war ob dieser geballten Macht von Politik und Kapital einigermaßen hilflos. Die Erfahrungen mit der Aushöhlung des Ladenschlussgesetzes seit

1989 machten es schwierig, eine aktive Mobilisierung der Beschäftigten zu betreiben. In NRW z.B. blieb es bei kleinen Aktionen der gewerkschaftlich Aktiven im Rahmen der parlamentarischen Termine. In Thüringen gab es mehrere von ver.di organisierte Demonstrationen, deren Teilnehmerzahl sehr übersichtlich war.

Ver.di wird versuchen in der anstehenden Tarifrunde die größten Angriffe der Unternehmer abzuwehren, und die Bedingungen für die Beschäftigten, die spätabends arbeiten müssen, akzeptabel zu gestalten. Ob sie damit erfolgreich sein wird, wird von der Mobilisierungsfähigkeit der Beschäftigten abhängen, und davon, ob ernsthaft gekämpft wird. Es gilt, überall da, wo es möglich ist, Spätöffnungen zu verhindern. Betriebsräte, die dies verhindern, müssen unterstützt werden. Untermauert werden müsste dies durch eine Öffentlichkeitsarbeit, um eine Veränderung der öffentlichen Meinung zu bewirken. Wie wäre es denn damit, angefangen innerhalb der Gewerkschaften und anderen Organisationen, für eine aktive Boykottkampagne zu werben und diese durchzuführen? Dies wäre sicherlich eine gute Gelegenheit den ganzen Quatsch der neoliberalen Deregulierung in Frage zu stellen.

7.12.06 Helmut Born, ver.di Linke NRW

Metalltarifrunde: Richtig zulangen?!

Die Metalltarifrunde rückt näher und die Öffentlichkeit wurde durch Ansagen aufgeschreckt, dass diesmal mehr gefordert werden könnte wie zuletzt. Noch stehen die Diskussionen in den Betrieben aus, die Entscheidungen fallen erst im Februar.

Aus dem Blickwinkel der wirtschaftlichen Entwicklung scheint eine höhere Forderung angebracht. Die Unternehmen machen so fette Gewinne, dass sich rückwirkend noch einmal bestätigt, dass Forderung (5%) wie Abschluss (3%) im letzten Jahr zu niedrig waren.

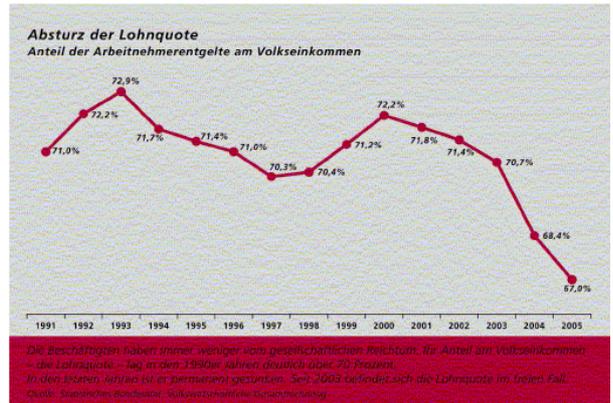
Die Tarifrunde ist allerdings für viele Betriebe die erste nach ERA - dem neuen Entgelt-System. ERA wirkt auf zwei Wegen in die nächste Runde:

Erstens gehen die Unternehmen bei der Neueinstufung gerade der bestorganisiertesten Arbeiter am rabiatesten vor. Wie weit ihnen der Tarifvertrag dazu die Vorlage gibt, muss in einer Kritik dieses Vertragswerks noch bilanziert werden. Sicher ist, dass die Frage, ob die Betroffenen hierfür die Schuld bei der IG Metall oder bei den Unternehmern suchen, entscheidend für ihre Haltung in der Tarifrunde sein wird. Dies hat zugleich etwas damit zu tun, wie die ERA-Einführung in den Betrieben abläuft. Wie weit werden die Belegschaften von den Betriebsräten überhaupt mit einbezogen?

Zweitens kann es Belegschaften geben, bei denen schon diesmal den ERA-Verlierern die Tarifierhöhung angerechnet wird. Dies kann (in Baden-Württemberg) bis zu 10% betragen. Natürlich ist es auch für diese Beschäftigten gut, die 10% so schnell wie möglich wieder in den Geldbeutel zu bekommen, dennoch dürften sie nicht sonderlich motiviert sein.

„hohen Forderungen“ gerade den ERA-Ärger besänftigen.

Was heißt hier eigentlich hoch? Der Vorschlag aus den Vorstandsetagen spricht von 5,5 bis 6,5 %. Bei einem Rationalisierungsgewinn von 8% in der Metallindustrie nicht unbedingt viel.



Eine gute Möglichkeit zur Mobilisierung bietet die steigende Unzufriedenheit mit der Abzocke durch die Regierung. Hier heben die Tarifpolitiker sogleich warnend die Hände - die Mehrwertsteuererhöhung und die anderen Belastungen könne die Tarifpolitik nicht wettmachen. Hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt für die Linke: die Regierungspolitik ist genauso Umverteilungspolitik wie die Tarifpolitik der letzten Jahre - eine Umverteilung zugunsten des Kapitals. Auch für die Unternehmer ist die Form egal, mit der sie angreifen.

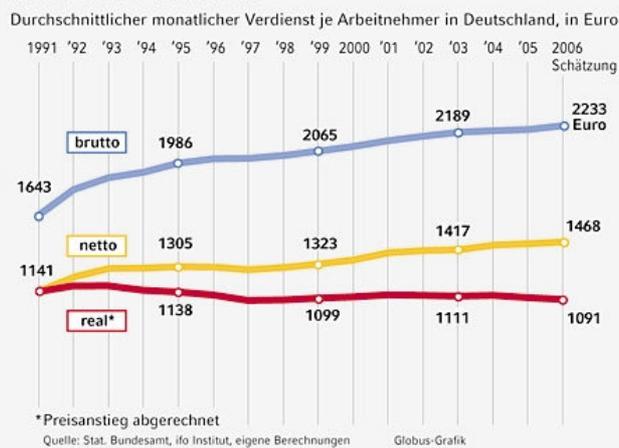
Steuerliche Entlastungen durch die Regierung sind für sie kein Anlass, Arbeitsplätze zu erhalten oder Löhne zu erhöhen.

Statt formalistisch in Tarif- und Sozialpolitik zu trennen, gilt es, eine breite Mobilisierung gegen den Generalangriff auf allen Ebenen aufzubauen! So wie letztes Jahr das fade Ende der Tarifrunde die Regierung zu neuen Grausamkeiten ermutigen konnte, könnte der Widerstand gegen den Sozialabbau jetzt die Tarifrunde beflügeln und umgekehrt.

Matthias Fritz

Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Die Lohn-Illusion



Die nächste Tarifrunde birgt also für die Tarif-Strategen der IG Metall die Gefahr, dass die Verärgerung der Basis noch nicht einzuschätzen ist. Vielleicht sollen aber die früh veröffentlichten

AG Tarifpolitik der Gewerkschaftslinken

Samstag, 20. Jan. 2007 von 12.00 bis ca. 17.00 Uhr
DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20, Raum 245
Interessierte sind herzlich willkommen